



# HESSISCHER LANDTAG

16. 05. 2023

Plenum

## Entschließungsantrag

### Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### Ein zukunftsorientierter Finanzplatz Frankfurt für ein starkes und nachhaltiges Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht die hohe Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt sowie der Wirtschaftsregion Frankfurt Rhein-Main für Hessen und für die Bundesrepublik Deutschland. Der Finanzplatz beherbergt über 200 Kredit- und Versicherungsinstitute, wovon der Großteil ausländische Institute sind. In der Finanzbranche sind über 66.000 Menschen beschäftigt. Die Region Frankfurt/Rhein Main wird im internationalen „Startup Genome Report“ unter den dynamischsten Gründungsregionen für Fintechs aufgeführt. Deutschlandweit ist die Stadt Frankfurt im Städtevergleich auf dem dritten Platz bei den Start-up-Neugründungen, zudem ist Hessen neben Bayern das einzige Flächenland über Bundesdurchschnitt bei den Neugründungen, jeweils bei der Auswertung pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Rund ein Drittel der Start-ups in Hessen sind Green-Start-ups. Als Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) inklusive seines Aufsichtsarms innerhalb des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM), der Europäischen Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA, dem Europäischen Systemrisikorat ESRB, der Bundesanstalten für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und Finanzmarktstabilisierung (FMSA) sowie der deutschen Bundesbank ist der Finanzplatz von herausgehobener internationaler Bedeutung. Auch das „House of Finance“, in dem rund 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an kapitalmarktrelevanten Fragestellungen arbeiten und forschen, setzt Maßstäbe. Der Landtag stellt fest, dass es Aufgabe der Politik ist, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen, damit sich der Finanzplatz Frankfurt und die ganze Region nachhaltig weiterentwickeln und die derzeitige Stärke ausbauen können. Das schafft Arbeitsplätze und sichert langfristig Wohlstand.
2. Der Landtag betont, dass das Land Hessen aufgrund seiner klugen Wirtschafts- und Finanzpolitik eines der wirtschaftsstärksten Länder in der Bundesrepublik Deutschland ist. Eine generationengerechte und nachhaltige Finanzpolitik ermöglicht zukunftsorientierte Investitionen und damit die Rahmenbedingungen für eine florierende und zukunftsfeste Wirtschaft. Herausforderungen wie die Corona-Pandemie wurden gut bewältigt, da die Landesregierung Unternehmen, Kommunen und Bürgerinnen und Bürger aktiv unterstützt und in wichtige Projekte investiert hat. Gleiches gilt für die Herausforderungen durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Hessen hat seine Krisenresilienz bewiesen und stellt insgesamt 3,58 Mrd. € zur Verfügung: 200 Mio. € für das Landesprogramm „Hessen steht zusammen – Gemeinsam die Folgen des Krieges gegen die Ukraine bewältigen“, 3 Mrd. € für einen Bürgerschaftsrahmen und 380 Mio. € für die Beteiligung des Landes am 3. Entlastungspaket des Bundes.
3. Der Landtag stellt fest, dass Ansiedlungen wie die des International Sustainability Standards Board“ (ISSB) Signalwirkung haben und die Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt im internationalen Wettbewerb stärken. Das ISSB hat es sich mit Unterstützung der G20-Staaten zur Aufgabe gesetzt, einheitliche und weltweite Basisstandards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen zu entwickeln. Anhand dieser Standards sollen Unternehmen zukünftig zu den Nachhaltigkeitsaspekten ihrer Tätigkeit berichten können. Ziel muss es sein, dass spezielle Anforderungen in einzelnen Rechtsräumen, beispielsweise im EU-Recht, auf dieser Basis friktionsfrei aufsetzen.

4. Der Landtag unterstützt ausdrücklich die Bewerbung des Finanzplatzes Frankfurt um den Sitz der EU-Anti-Geldwäsche-Behörde AMLA. Für den Standort Frankfurt sprechen dabei die räumliche Nähe zu einer Vielzahl unterschiedlichster Kredit- sowie Aufsichtsinstitute, eine sehr gute Infrastruktur und eine hohe Lebensqualität bei einem im EU-Vergleich moderaten Niveau der Lebenshaltungskosten. Der Landtag fordert alle Beteiligten auf, sich auch weiterhin aktiv für die Ansiedlung der EU-Antigeldwäschebehörde einzusetzen und die Vorzüge des Standorts Frankfurt hervorzuheben. Die Landesregierung setzt sich zudem mit Nachdruck für die Bekämpfung von Steuerkriminalität und Geldwäsche ein. Im Interesse der Finanzstabilität in Deutschland und in der EU sowie im Interesse des Finanzplatzes Frankfurt fordert der Landtag ferner, dass systemrelevante Finanzgeschäfte wie das Euro-Clearing aus London in die EU und damit auch nach Frankfurt verlagert werden.
5. Der Landtag stellt fest, dass Hessen im Bereich der Finanzdaten gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Verwaltung, Universitäten und Unternehmen an dem Aufbau eines Finanzdatenclusters, dem sogenannten „Financial Big Data Cluster“, arbeitet. Hinzu kommt der Aufbau des Datentreuhänders EuroDaT. Dieser soll es ermöglichen, Daten aus verschiedenen Quellen des Finanzmarktes rechtssicher miteinander zu verknüpfen. Die breite Datengrundlage soll mit Hilfe von künstlicher Intelligenz genutzt und ausgewertet werden, um die Finanzaufsicht effizienter und sicherer machen. Insgesamt stehen für das Projekt 20 Mio. € Fördermittel bereit. Die eine Hälfte stammt aus dem europaweiten und von der Bundesregierung geförderten Projekt GAIA-X, die andere von Projektpartnerinnen und Projektpartnern aus der Finanzwirtschaft.
6. Nach Auffassung des Landtags ist Expertise im Bereich Sustainable Finance einer der entscheidenden Wettbewerbsfaktoren für einen zukunftsorientierten Finanzplatz. Er hebt daher das Ziel hervor, den Finanzplatz Frankfurt zum führenden Standort für Sustainable Finance auszubauen. Eine Schlüsselrolle nimmt dabei das Green and Sustainable Finance Cluster Germany ein, das den Transformationsprozess zu einer nachhaltigen Wirtschaft vorantreibt, indem es die verschiedenen Akteurinnen und Akteure am Finanzplatz Frankfurt zusammenbringt und gezielt bei nachhaltigkeits- und klimarelevanten Fragen unterstützt. Damit wird auch die dringend benötigte Transformation der Realwirtschaft weiter vorangebracht. Der Landtag fordert die Europäischen Institutionen auf, diesen Weg konstruktiv zu unterstützen.
7. In diesem Zusammenhang hebt der Landtag die sehr erfolgreiche erste grüne Anleihe mit einem Volumen von 600 Mio. € hervor. Das große Interesse an dieser Anleihe zeigt, dass auch am Kapitalmarkt das Bewusstsein für die Bedeutung des Klimaschutzes steigt. Aus diesem Grund spricht sich der Landtag dafür aus, dass die Landesregierung einen weiteren Green Bond vorbereitet.
8. Der Landtag stellt fest, dass die sogenannten Kleinanlegerinnen und -anleger ebenfalls eine wichtige Rolle an den Kapitalmärkten spielen können. Derzeit ist die Beteiligung von Kleinanlegerinnen und -anlegern an den Kapitalmärkten im internationalen Vergleich eher gering und noch entwicklungsfähig. In diesem Sinne unterstützt er daher das grundsätzliche Ziel der EU-Strategie zur Förderung von Investitionen von Privatpersonen an den Kapitalmärkten. Darüber hinaus befürwortet der Landtag den Erhalt des Drei-Säulen-Modells im Bankensystem mit den regional verankerten Genossenschaftsbanken und Sparkassen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. Mai 2023

Für die Fraktion  
der CDU  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ines Claus**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Tanus)**